

FDP

Wir Liberalen.

PRD

Les Radicaux.

Bericht über die Septembersession 2007 des Grossen Rates

In der Septembersession 2007 hat sich der Grosse Rat mit verschiedenen wichtigen Geschäften befasst.

Parlamentarische Initiative zu sofortigen Erhöhung der Kinderzulagen

Mit einer Parlamentarischen Initiative wollte die SP das heutige kantonale Kinderzulagengesetz im Schnellverfahren ändern, um die vom Schweizer Stimmvolk im November 2006 angenommenen neuen Familienzulagen nicht wie vorgesehen per 2009 sondern rückwirkend bereits 2008 einzuführen. Der Rat lehnte dieses Ansinnen mit den Stimmen der FDP deutlich ab. Eine Annahme hätte dazu geführt, dass eine Grossratskommission dazu verdammt worden wäre, eine aus technischen Gründen (Umstellung EDV und Administration) gar nicht umsetzbare Vorlage zu kreieren. Dies im Wissen um die Tatsache, dass ein neues Familienzulagengesetz bereits das Vernehmlassungsverfahren durchschritten hat und in Kürze dem Grossen Rat vorgelegt werden wird.

FDP-Motion zu den Wahlzetteln bei den Ständeratswahlen

Mit einer Motion forderte die FDP, dass die briefliche Stimmabgabe bei den Ständeratswahlen auch dann gültig sei, wenn zwei Wahlzettel mit je einem Namen im Couvert liegen. Dies deshalb, weil der Wählerwille in diesem Fall zweifelsfrei feststeht. Auslöser der Forderung war der Entscheid der FDP, nicht mit der SVP, sondern allein in die Ständeratswahlen zu steigen. Dies hat zur Folge, dass es keinen gemeinsamen FDP-SVP-Wahlzettel mit den Namen beider Kandidaten gibt.

Obwohl die Motion im Rat kaum Erfolgchancen hatte und sie von der Motionärin, Katrin Zumstein, schliesslich zurückgezogen wurde, hatte sie ihren Dienst getan: Die Medien berichteten rege darüber und die Wahrscheinlichkeit von ungültigen Stimmen bei den Ständeratswahlen dürfte demzufolge gesunken sein.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006

Finanzdirektor Urs Gasche hatte bei der Präsentation der Jahresrechnung zum neunten Mal in der Folge schwarze Zahlen präsentiert. Die Rechnung sieht bei Ausgaben von 8,87 Mrd. und einem Ertrag von 9,03 Mrd. Franken einen Ertragsüberschuss von 169 Mio. Franken vor. Die Schulden konnten um 124 Mio. Franken abgebaut werden. Der Kanton Bern ist damit auf dem richtigen Weg. Die positive Entwicklung dürfe nicht durch eine Lockerung der Ausgabenpolitik oder durch eine falsche Einnahmenpolitik aufs Spiel gesetzt werden, mahnte die FDP-Fraktionssprecherin, Therese Kohler-Jost, die sich vor allem über das Ausgabenwachstum besorgt zeigte. Im geplanten Aufgabendialog brauche es eine weitere Entlastung des Staatshaushalts. Der Rat nahm die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht schliesslich ohne Gegenstimme zur Kenntnis.

Teilrevision Abfallgesetz, 1. Lesung

Das Gesetz über die Abfälle ist seit 1. Juni 2004 in Kraft. In Art. 25 wird eine Abfallabgabe erhoben, mit der ein Abfallfonds gespeist wird. Mit der Revisionsvorlage beantragte der Regierungsrat, diese Abgabe auch bei Anlagen zur Verbrennung von Siedlungsabfällen auf fünf Franken zu reduzieren (wie bei den Reaktordeponien). Gleichzeitig wird präzisiert, dass Abfallanlagen, unabhängig davon, ob sie stationär oder mobil sind, eine kantonale Betriebsbewilligung benötigen, wenn sie unter die Bewilligungspflicht fallen. Die Vorlage war im Rat unbestritten.

Projektierungskredit Bypass Thun

Der Grosse Rat bewilligte mit grossem Mehr (dagegen waren die üblichen Anti-Verkehrsfundis) einen Kredit von 4,145 Millionen Franken für die Projektierung des so genannten Bypass Thun-Nord. Bis 2010 soll das Auflageprojekt vorliegen. Mit dem Bypass Thun-Nord sollen die Thuner Innenstadt entlastet und gleichzeitig wichtige Entwicklungsgebiete erschlossen werden. Zum Bypass gehören eine Verbindungsstrasse zwischen dem Autobahnzubringer A6 über die Aare und das Armeeareal bis zur Allmendstrasse in Thun, die Umgestaltung und Verlängerung des Autobahnzubringers A6 bis zur Stockhornstrasse in Steffisburg sowie flankierende Massnahmen in der Thuner Innenstadt.

Motion Moser (FDP) zur Sistierung der Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes

Mit einer Motion verlangte die FDP gemeinsam mit Exponenten anderer Parteien, dass der Kanton Bern die geplante Teilrevision des Energiegesetzes sistiere, bis klar sei, was die neuen Verordnungen zum Stromversorgungsgesetz und zum Elektrizitätsgesetz auf Bundesebene brächten.

Die Motion wurde mit 73:65 Stimmen vor allem aus FDP, SVP, EDU und teilweise EVP überwiesen. Sie stellt sicher, dass das kantonale Energiegesetz nicht in kürzester Zeit zwei Mal revidiert werden muss (nämlich ein Mal zur Umsetzung der geplanten Revision und dann ein zweites Mal zur Umsetzung des neuen Bundesrechts).

Von Linker Seite waren heftige und zum teil ausfällige Reaktionen zu vernehmen, rechnete man doch damit, das Thema „Energiepolitik“ erneut auf die Wahlagenda setzen zu können. Tatsache ist indessen, dass eigentlich niemand auf ein neues Energiegesetz wartet und wahrhaftig keine notrechtsbegründende Dringlichkeits-Situation besteht. Auch kann kaum behauptet werden, eine neue kantonale Gesetzesflut (Richtpläne und Nutzungsvorschriften von Gemeinden) trage etwas Spürbares zur notwendigen CO₂-Reduktion bei.

Motion Fuchs (SVP) zum Verbot des Baus von Minaretten

Mit einer Motion verlangte Thomas Fuchs, den Bau von Minaretten zu verbieten. Der Rat lehnte den Vorstoss 89 Nein zu 42 Ja deutlich ab. Die FDP war klar der Meinung, dass ein kantonales Bauverbot schon deshalb fehl am Platz sei, weil die Gemeinden mit Planungsinstrumenten den Bau an ungeeigneten Standorten bereits unterbinden können.

Motion Bhend (SP) für kundenfreundlichere notarielle Dienstleistungen

Unter anderem gestützt auf einen Bericht des Preisüberwachers verlangte der SP-Grossrat, dass die Notariatstarife im Kanton Bern (erneut) gesenkt würden.

Der Rat lehnte vor allem mit bürgerlichen Stimmen inkl. FDP die Motion mit 66 gegen 40 ab. Die Tarife der Kantone seien nicht vergleichbar, weil das Notariatswesen nicht überall gleich organisiert sei (z.B. ZH: Amtsnotariat mit Quersubventionierung kleiner Geschäfte durch Grosse). Im Uebrigen habe der Regierungsrat den Auftrag, die Tarife jeweils dem schweizerischen Mittelwert anzugleichen (FDP-Motion Hutzli). Schliesslich sei es eine Zwängerei, die Höhe der Tarife nur ein Jahr, nachdem das neue Gesetz am 1. Juli 2006 in Kraft getreten sei, bereits wieder zu hinterfragen.

Motion Bhend (SP) zur rascheren Realisierung der Uferwege

Die vom See- und Flussufergesetz geforderten Uferschutzplanungen sind bis auf wenige Abschnitte überall vorhanden. Von insgesamt 437 Kilometern Uferweg fehlen bloss noch 64,3 Kilometer, welche neu zu planen oder zu erstellen sind. Dennoch verlangte Patric Bhend mit seiner Motion „wie die alte Fasnacht“ einerseits, die von den Bürgerlichen im Jahr 2000 durchgebrachte Lockerung des See- und Flussufergesetzes rückgängig machen (damals beschloss das Kantonsparlament, dass ein Uferweg nicht dem Gewässer entlang führen muss, wenn besondere Verhältnisse vorliegen) und andererseits auf säumige Gemeinden Druck auszuüben. Sowohl der Regierungsrat als auch die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat lehnten das Vorhaben ab.

Motion Häsler (Grüne) zur Förderung der Windenergie

Mit einer Motion, welche vom Grossen Rat ohne Gegenstimme gutgeheissen wurde, wurde der Regierungsrat beauftragt 1. Die erforderlichen raumplanerischen Massnahmen zu ergreifen, damit Windkraftwerke und Windenergieanlagen im Kanton Bern rascher realisiert werden könnten und 2. Massnahmen zu ergreifen, damit rasch weitere Anlagen zur Gewinnung von Windenergie geplant und umgesetzt werden könnten.

Motion Messerli (EVP) / Kneubühler (FDP) zur Einführung von obligatorischen Integrationskursen für einbürgerungswillige, ausländische Staatsbürger

Wer Ausländer ist, sich einbürgern will und nicht schon lange in der Schweiz wohnt, muss künftig im Kanton Bern einen Integrationskurs besuchen. Dies beschloss der Grosse Rat gegen den Willen von Links-Grün und Regierung. An diesen Kursen, die es bisher erst in einigen Gemeinden des Kantons Bern gibt, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Informationen zur Schweizer Demokratie erhalten, zu gesellschaftlichen Normen und Werten, Rechten und Pflichten und zum hiesigen Bildungs- und Erziehungssystem.

Postulat Möschler (SP) zum Einbezug von Biel in die Jura-Debatte

Der Bieler Gemeinde- und Grossrat Moeschler verlangte in einem Postulat den stärkeren Einbezug Biels in die Debatte über die Jura-Zukunft. Er erntete im Rat (ausser von den Separatisten) von links bis rechts Verständnis. Auf Bieler Seite wird mit Recht bemängelt, dass die Jura-Diskussion kaum Rücksicht auf die Stadt Biel nehme, mit der der Berner Jura in vielerlei Hinsicht verbunden sei. Biel, so befürchten etliche Bieler, könnte in der Jurafrage zwischen Stuhl und Bank fallen. Auch die welschsprachige Minderheit wäre zusätzlich minorisiert, würden einst die 3 jurassischen Amtsbezirke nicht mehr zum Kanton Bern gehören.

Motion Gfeller (EVP) betr. ganzheitliche Sozialhilfe

Der Grosse Rat beauftragte den Regierungsrat, kommunale Projekte mit dem Ziel, Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger eine niederschwellige Arbeitsmöglichkeit zu bieten, zu fördern und finanziell zu unterstützen bzw. die Kosten für die Betreuungsaufgaben, die durch die Arbeitsleistung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht eingebracht werden, dem Lastenausgleich zuzuführen. Die FDP war wegen den unklaren finanziellen Folge mehrheitlich nur für eine Unterstützung des Vorstosses als Postulat.

Motion Bhend/Masshard (SP) betr. Publikation der „Grüsel“ in der Lebensmittelbranche

Mit seiner Motion wollte Grossrat Bhend den Regierungsrat beauftragen, Gastgewerbebetriebe, welche wiederholt oder gravierend gegen Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes verstossen publik zu machen. Mit deutlichem Mehr von 115 zu 12 Stimmen bei 9 Enthaltungen lehnte der Grosse Rat die mittelalterliche Methode eines Prangers ab.

Bericht Leistungsbeurteilung für Lehrkräfte

Einstimmig wurde von einem Bericht der Erziehungsdirektion Kenntnis genommen, wonach vorläufig das Projekt "Lohnwirksame Leistungsbeurteilung" nicht weiterverfolgt wird. Ein Antrag der FDP, den Leistungslohn bis spätestens 2017 einzuführen, wurde mangels Unterstützung zurückgezogen. Immerhin hatte die FDP (Erwin Fischer) aber Erfolg mit der Forderung „ein umfassendes materielles und immaterielles Anreizsystem mittelfristig einzuführen“. Der Erziehungsdirektor führte im Rat aus, dass zuerst die geleitete Schule und die Mitarbeitergespräche vollständig eingeführt und damit Erfahrungen gesammelt werden sollten. Die Frage einer lohnwirksamen Leistungsbeurteilung werde erst nachher wieder geprüft.

Vorstösse betr. Denkmalpflege

Der Rat überwies zwei Vorstösse betreffend Denkmalpflege. Der eine stammt von Fritz Freiburghaus (SVP) und zielt darauf ab, dass die Denkmalpflege weniger häufig historisch interessante Häusergruppen als so genannte Baugruppen bezeichnet und dass sie energietechnische Massnahmen nicht behindern dürfe.

Die andere Motion stammt von Peter Flück (FDP) und Jürg Iseli (SVP). Sie forderten, dass die Interessen der Eigentümer vermehrt zu wahren seien, dass die Zusammenarbeit zwischen Eigentümern, Behörden und Denkmalpflege besser wird und dass die Interessenabwägung bei einem Bauentscheid jeweils nicht automatisch zugunsten der Denkmalpflege ausfalle.

Jeweils unter Namensaufruf genehmigte der Rat im Wesentlichen mit den Stimmen von FDP und SVP die Forderungen von Freiburghaus. Jenen von Peter Flück und Ko-Motionär Iseli stimmte eine grosse Mehrheit zu. Mit dem letzten Vorschlag hatte sich auch die Regierung einverstanden erklärt.

Motion der FDP betr. „Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Effizientere Organisation der Wirtschaftsförderung in der Region Bern“

Mit einer Motion wollte die FDP den Regierungsrat beauftragen, mit dem Ziel einer effizienteren Verwaltungsführung die Wirtschaftsförderung Region Bern in die kantonale Wirtschaftsförderung (allenfalls angepasst) zu integrieren.

Die Regierung war bereit, den Vorstoss als Postulat zu akzeptieren, das heisst das Anliegen zu prüfen. Die FDP war damit einverstanden, worauf das Postulat einstimmig überwiesen wurde.

Motion der FDP betr. „Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Wettbewerb auch bei den Kaminfeuern“

Die FDP entfachte mit ihrer Motion eine Grundsatzdebatte zum Kaminfeuernmonopol im Kanton Bern. Gleichzeitig stand eine überparteiliche Motion ähnlichen Inhalts, die je ein Vertreter der EVP, FDP, SVP und der Grünen lanciert hatten, zur Debatte. Für das Monopol, das den Kaminfeuern feste Kreise zuteilt und die Tarife vorschreibt, gäbe es keine zwingende Notwendigkeit mehr, befand Ruedi Sutter (FDP). Die Beispiele aus fünf Kantonen (Zürich, Schwyz, Zug, Schaffhausen und Basel Stadt) bewiesen seit Jahren, dass es auch ohne funktioniere. Die Regierung wie auch die meisten Fraktionen (mit Ausnahme der FDP und EVP) waren aber gegen eine Liberalisierung. Sie argumentierten im Wesentlichen mit der Angst vor höheren Kosten, mit Sicherheitsbedenken und ökologischen Vorbehalten. Die Vorstösse wurden daher (leider) deutlich abgelehnt.

Bern, 14. September 2007

Adrian Haas